



HESSISCHER LANDTAG

25. 02. 2020

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Schule unter Corona verlässlich gestalten – gute Bildung auch für benachteiligte Schülerinnen und Schüler garantieren

Seit einem Jahr sind auch die hessischen Schulen, die dort Beschäftigten, die Schülerinnen und Schüler sowie auch deren Eltern von der Pandemie betroffen. Ein „normaler“ Schulbetrieb ist seitdem nicht mehr möglich gewesen. Schnell hat sich durch die Pandemie gezeigt, wo und vor allem wie groß die Defizite in der Schulpolitik sind. Nicht nur der eklatante Lehrkräftemangel, auch die viel zu großen Lerngruppen, die maroden Schulgebäude, der massive Unterrichtsausfall, die schlechte Schülerbeförderung und die nicht vorhandene digitale Ausstattung sowie das für den Distanzunterricht fehlende technische Knowhow gewinnen nun nochmals zusätzlich an Bedeutung. Die in Hessen bestehenden ungleichen Bildungschancen und Zugänge zu Bildungsangeboten aufgrund sozialer Herkunft und finanzieller Möglichkeiten werden nochmals verstärkt.

Trotzdem haben das hessische Kultusministerium und die hessische Landesregierung es versäumt, in den letzten zwölf Monaten dringend notwendige Maßnahmen zu treffen, um Schülerinnen und Schülern eine gute und sichere schulische Bildung zu gewährleisten. Nicht einmal die notwendige digitale Ausstattung oder die Beschaffung von Luftfiltern ist hessenweit umgesetzt worden.

Der Landtag wolle beschließen:

I. Sofortmaßnahmen für den Fern- und Präsenzunterricht

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Stufenplan für den Schulbetrieb nach verbindlichen, vorab bekannten und transparenten Kriterien, u.a. Inzidenzwerten, anzuwenden.
Für eine bessere Planbarkeit müssen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und die Schulverwaltung vorab wissen, welche Maßnahmen ab einem bestimmten Infektionsgeschehen angewendet werden. Zudem müssen die dazu notwendigen Ressourcen zuverlässig zur Verfügung gestellt werden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Cluster-Tests sowie die vom RKI vorgeschlagenen Quarantäne-Regelungen im Falle von Corona-Fällen in der Schule konsequent umzusetzen. Kostenfreie Schnelltests müssen schnellstmöglich an allen Schulen täglich für alle an Schule Beschäftigten sowie die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen.
3. Ein kostenfreies Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler ist ein wichtiger Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, allen Schülerinnen und Schülern an ganztägig arbeitenden Schulen ein warmes und gesundes Mittagessen zu garantieren, solange diese den Präsenz- oder Wechselunterricht besuchen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Schulsozialarbeit zu stärken, damit Schulen Kinder und Jugendliche während der Pandemie gezielt mit pädagogischen Angeboten zur Abfederung coronabedingter, persönlicher und familiärer Probleme unterstützen können. Die Landesregierung sollte darauf hinwirken, dass Angebote der Familien- und Jugendhilfe sowie Jugendsozialarbeit für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen zur Verfügung stehen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Schuleingangsuntersuchung in diesem Jahr wieder stattfinden zu lassen. Sie ist wichtig, um Förderbedarfe festzustellen, und ist für einige Kinder die einzige ärztliche Entwicklungsuntersuchung in diesem Alter.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in enger Kooperation mit den Berufsschulen und weiterführenden Schulen Förderangebote für Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu schaffen. Sie dürfen auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz in Pandemiezeiten nicht allein gelassen werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle Abschlussprüfungen in diesem Jahr dezentral durchzuführen. Außerdem muss es diesbezüglich einen Freiversuch für alle Schülerinnen und Schüler geben.
8. Der Leistungsdruck durch Notenerhebungen muss abgefedert werden. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle Klausuren für Abschlussklassen auszusetzen, um mehr Lernzeit für die Abschlussprüfungen zu ermöglichen. Für alle anderen Klassenstufen muss die Dichte der Klausuren ebenfalls reduziert werden.
9. Der Landtag wird angehalten, dafür Sorge zu tragen, dass Schülerinnen und Schüler sowie an Schulen Beschäftigte unter sicheren Hygienebedingungen zur Schule hin und zurück gelangen können. Dafür müssen mehr Schultransporte beispielsweise durch den Einsatz von Reisebussen sowie eine Staffelung des Unterrichtsbeginns ermöglicht werden.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Schulbesuche und Unterrichtsversuche von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst zu ermöglichen oder Ausgleichsmöglichkeiten für die angehenden Lehrkräfte zu schaffen, damit diesen kein Nachteil aus der Pandemie entsteht. Aus diesem Grund ist es ebenfalls angemessen, einen Freiversuch für die zweite Staatsexamensprüfung in diesem Jahr zu ermöglichen.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die top-down Administration des Kultusministeriums zu beenden. In dieser schwierigen Zeit müssen das Kultusministerium und die Schulämter die Schulen bei der Umsetzung der coronabedingten Maßnahmen solidarisch unterstützen und nicht per Erlass delegieren.

II. Sofortmaßnahmen zur Ausstattung der Schulen

12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Sanierungs- und Modernisierungsbedarf der Schulen zu analysieren und zu beheben. Die finanzielle Unterstützung der Schulträger für die Instandhaltung und Modernisierung der Schulen muss deutlich ausgebaut werden und für mehrere Jahre ausgelegt sein. Angesichts der erheblichen baulichen Mängel sind im Jahr 2021 750 Mio. € dafür zu veranschlagen. Sie sollen dem coronabedingten Sondervermögen des Landes entnommen werden.
13. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, weitere Mittel in Höhe von 20 Mio. € für die Beschaffung von angemessenen Luftfiltern für alle Klassenräume zur Verfügung zu stellen und gemeinsam mit den Schulträgern dafür Sorge zu tragen, dass die Anlagen schnellstmöglich beschafft und in Betrieb genommen werden können.
14. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, benachteiligten Kindern und Jugendlichen digitale Endgeräte sowie Surfsticks mit ausreichendem Datenvolumen kostenlos zur Verfügung zu stellen, damit alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Einkommen der Eltern einen Internetzugang haben, um am Distanzunterricht teilnehmen zu können.
15. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, alle Lehrkräfte schnellstmöglich mit mobilen, digitalen Dienstgeräten auszustatten – unabhängig davon, ob die Lehrkraft verbeamtet oder über einen Tarifvertrag beschäftigt ist.
16. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, gemeinsam mit den Schulträgern den IT-Support an jeder Schule sicherzustellen. Auch die Medienzentren müssen besser personell ausgestattet werden.

III. Langfristige angelegte Maßnahmen

17. Der Landtag beschließt, Grundschullehrkräfte ab dem Schuljahr 2021/22 ebenso wie Lehrkräfte an anderen Schulen mit A 13 zu besolden.
18. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den schulpсихologischen Dienst zu stärken und deutlich mehr Schulpсихologinnen und Schulpсихologen auszubilden, um diese an den Schulämtern, aber auch direkt an den Schulen einzusetzen.

19. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gezielt musik- und theaterpädagogische Maßnahmen im Rahmen der Schulzeit gemeinsam mit Netzwerken wie der ASSITEJ, dem Netzwerk der Kinder- und Jugendtheater, zu erarbeiten und flächendeckend, digital oder in Präsenz, anzubieten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. Februar 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler